

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27. Oktober 2010
- 3 Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 10/SVV/0538
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung über die Zusammenlegung/Einschränkung von
Parkraumzonen in der Innenstadt
- 4.2 WagenHausBurg - Information über Ergebnisse der Gespräche
- 4.3 Bericht der Stadtwerke Potsdam zum Bau des Sport- und Freizeitbades
- 4.4 Bericht an die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus für 2008 und 2009
Vorlage: 10/SVV/0916
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit, SIKO
- 4.5 Räume für die Potsdamer Tafel
Vorlage: 10/SVV/0890
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27. Oktober 2010

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße
Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 13
Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung werden keine Einwände erhoben; die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 38. Sitzung des Hauptausschusses vom 27. Oktober 2010 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 **Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde**

Vorlage: 10/SVV/0538

Fraktion DIE LINKE

Auf Nachfrage informiert Frau Dr. Schröter als Vorsitzende des Kulturausschusses darüber, dass man sich in der Sitzung am 28.10.2010 darauf verständigt habe, kein Votum abgeben zu können und den Antrag zur Erledigung an den Hauptausschuss zu übergeben.

Herr Exner führt dazu aus, dass eine unentgeltliche Nutzung nicht möglich sei, weil schon allein in der BbgKVerf die Vorgabe enthalten sei, nur zum vollen Wert verpachten oder verkaufen zu können. An dieser Vorgabe halte die Kommunalaufsicht auch nach Sondierungsgesprächen fest. Hier stelle man auf eine Gleichbehandlung ab, denn sonst könnten auch andere Religionsgemeinschaften diese Ansprüche erheben.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass in der bisherigen Behandlung dieser Thematik auf einen „Ausnahmefall“ abgestellt worden sei, der mit der Kommunalaufsicht abgesprochen werden müsse. Nach den im Oktober avisierten Gesprächen mit der russisch-orthodoxen Gemeinde sollte die Stadt eigentlich etwas weiter sein und habe er etwas „Neues“ erwartet.

Man müsse dem Umstand Genüge tun, so Herr Exner, dass eine unentgeltliche Nutzung nicht möglich sei und dabei auch noch zwischen der gemeindlichen Nutzung und der Wohnnutzung unterscheiden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann weitere Gespräche stattfinden und wann mit einer Einigung zu rechnen sei, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dazu „zwei“ gehören, um sich zu einigen und die Gespräche im November fortgesetzt werden.

Gegen den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, den Antrag **zurückzustellen**, bis die Gespräche erfolgt sind und **am 08.12.2010 im Hauptausschuss** wieder **aufzurufen**, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Berichterstattung über die Zusammenlegung/Einschränkung von Parkraumzonen in der Innenstadt**

Herr Klipp verweist auf die dazu in der StVV am 4. November 2009 beschlossenen Anträge DS 09/SVV/0869, Anwohnerparken in der Innenstadt, und 09/SVV/0870, Parkraumbewirtschaftung Innenstadt, deren Bearbeitung im Rahmen der Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes erfolge.

Nach Vorarbeiten durch die Stadtverwaltung in diesem Jahr (Analyse des

Parkraumangebotes, Problemanalyse) ist durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen noch im November die Beauftragung eines Fachplanungsbüros zur Konzepterstellung vorgesehen. Diese beinhalte Untersuchungen zur Parkraumauslastung und Maßnahmen für eine effektive und stadtverträgliche Parkraumbewirtschaftung. Dabei werden die in den Beschlüssen formulierten Maßnahmen mit untersucht. Die Untersuchung umfasse neben der Potsdamer Innenstadt auch den Zentrumsbereich Babelsberg und die jeweils angrenzenden Gebiete. Im Zuge der Bearbeitung sei eine Beteiligung der Öffentlichkeit und der Fraktionen der StVV vorgesehen. Als Termin für die Fertigstellung werde das II. Quartal 2011 avisiert.

Auf den Hinweis von Frau Engel-Fürstberger, dass es das Anliegen der Antragstellung gewesen sei, insbesondere die Parkplatzsituation für Anwohner in der Innenstadt praktikabler zu gestalten und die Nachfrage, ob sich Herr Klipp eine Prüfung losgelöst vom Konzept vorstellen könne, beantwortet dieser mit ja. Im Ergebnis stellt der Oberbürgermeister fest, dass das **Ergebnis der Prüfung in der Hauptausschusssitzung am 08.12.2010 vorgestellt** werden solle.

zu 4.2 WagenHausBurg - Information über Ergebnisse der Gespräche

Herr Klipp informiert, dass am 11.11.2010, 10:00 Uhr der angekündigte Gesprächstermin stattfindet und er die Ergebnisse anschließend in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vortragen werde.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass alle Fraktionen Fotos - verbunden mit verschiedensten Anregungen zur Lösung des Problems - erhalten haben und fragt nach, welche Position die Verwaltung dazu habe. Herr Klipp entgegnet, dass die Verwaltung eine Position dazu habe, die er aber erst mit den Betroffenen diskutieren wolle. Er spricht sich dagegen aus, die Problemlösung vorzuziehen und im Rahmen der Hauptausschusssitzung zu besprechen.

zu 4.3 Bericht der Stadtwerke Potsdam zum Bau des Sport- und Freizeitbades

Da Herr Paffhausen zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend ist, bittet der Oberbürgermeister Herrn Vollbrecht von der asenticon AG um eine Berichterstattung. Herr Vollbrecht führt dazu aus, dass der Zeitplan eingehalten werde und bis Dezember 2010 fünf von der Jury ausgewählte Planungsbüros Zeit hätten, ihre Vorschläge zu unterbreiten. Im Januar 2011 solle die Auftragserteilung erfolgen. Ebenso werde daran gearbeitet, das Grundstück verfügbar zu machen – eine entsprechende Beschlussvorlage sei für die Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung „auf dem Weg“.

zu 4.4 Bericht an die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus für 2008 und 2009

Vorlage: 10/SVV/0916

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit, SIKO

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein und verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beizutreten. Damit habe sich die Landeshauptstadt verpflichtet, Maßnahmen durchzuführen und bei der Umsetzung dieser mitzuwirken. Der jetzt vorliegende Bericht für die Jahre 2008 und 2009 sei auch am 05. Oktober in der Sitzung des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ besprochen worden.

Anschließend werden Nachfragen beantwortet, so von Frau B. Müller, ob der Oberbürgermeister den Partnerstädten empfohlen habe, der Städtekoalition beizutreten, von Frau Dr. Müller, ob es Bezug nehmend auf die Verpflichtung Nr. 6 Informationen dazu gebe, wie viele Bewerber mit interkulturellem Hintergrund es in den vergangenen Jahren gegeben habe und Frau Dr. Schröter zur Verpflichtung Nr. 5, die in den Ehrenkodex der städtischen Gesellschaften aufgenommen werden sollte.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, welche Punkte ausgewählt werden, auf die in den nächsten 2 Jahren der Focus zu legen und weitere Aktivitäten zu entwickeln seien, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Stadt einen guten Grundstock habe und den Willen, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Dafür stehe er auch persönlich zur Verfügung, um dies zu unterstützen, so wie in den vergangenen Jahren auch. Er schlägt vor, diese Punkte „herauszudestillieren“ und nach Abschluss der Diskussion im Hauptausschuss vorzustellen.

zu 4.5 Räume für die Potsdamer Tafel

Vorlage: 10/SVV/0890

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

In diesem Zusammenhang, so der Oberbürgermeister, gehe es auch um die Frage, was mit der ehemaligen Kaufhalle am Schlaatz passiere. Er begrüßt Herrn Nickel von der Pro Potsdam und bittet ihn, dazu zu berichten. Herr Nickel verweist darauf, dass diese Problematik Gegenstand einer Beratung im Aufsichtsrat gewesen sei und dieser seine Zustimmung gegeben habe, allerdings unter einigen Voraussetzungen, wie z. B. die Wirtschaftlichkeit. Jetzt gelte es die diesbezüglich vorhandenen Stellschrauben zu nutzen, wie z. B. die Anpassung der Nutzerstrukturen. Vor 2 Wochen habe es Gespräche gegeben, die in der nächsten Woche fortgesetzt werden, so dass man hoffe, Ende November zu einem Abschluss zu kommen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es um einen Ersatz für die geschlossene Kaufhalle gehe und die jetzt geplante Nutzerstruktur mit Waren des täglichen Bedarfs, Schlecker, Sparkasse und einem Second Hand Markt darüber hinaus gehe. Er wolle wissen, ob davon etwas in Frage gestellt werde. Herr Nickel verweist nochmals auf den „Knackpunkt Wirtschaftlichkeit“, der bei einer Betrachtung über 15 Jahre im Verlustbereich liege und deshalb die Mieteinnahmen nur über eine Änderung der Nutzerstruktur erhöht werden können. Hierzu sei man im Gespräch, könne aber noch keine abschließende Antwort geben.

Bezüglich der Räume für die Potsdamer Tafel erläutert Frau E. Müller die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage. Darauf Bezug nehmend betont Frau Engel-Fürstberger, dass seitens der Pro Potsdam die ehrenamtliche Arbeit immer wohlwollend betrachtet worden sei und fragt, ob die Potsdamer Tafel an dem genannten Standort mit Räumlichkeiten versorgt werden könne und bis wann mit einem Ergebnis der Verhandlungen zu rechnen sei. Der Oberbürgermeister betont seinerseits, dass Frau E. Müller dazu Bericht erstattet habe und die ehemalige Kaufhalle als Standort favorisiert werde. Letztlich sei es aber Aufgabe der Verwaltung, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die nicht zu Lasten der Pro Potsdam gehen dürfen. Wenn es eine Möglichkeit gebe, die Potsdamer Tafel in das Nutzerkonzept mit einzubeziehen, wird das geschehen. Sobald eine Entscheidung getroffen worden sei, erfolge eine Berichterstattung.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Schaustellerverband - Diskussion zu den Standgebühren für das Areal Lustgarten

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die neu entbrannte Diskussion um die Standgebühren für das Areal Lustgarten und auf den im Jahr 2008 verabschiedeten Beschluss, DS 07/SVV/1118, mit dem der Oberbürgermeister aufgefordert wurde, gegenüber dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld darauf hinzuwirken, mit dem Schaustellerverband eine langfristige Vereinbarung zur Durchführung der Frühlings- und Herbstfeste im Lustgarten abzuschließen und der Entwicklungsträger Bornstedter Feld als Beauftragter der Landeshauptstadt Potsdam aufgefordert wurde, mit dem Veranstalter der Frühjahrs- und Herbstfeste bis zur Beendigung der Baumaßnahmen auf dem Alten Markt einen Mietzins zu vereinbaren, der die Beeinträchtigungen für den Festbetrieb berücksichtigt.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es die Aufgabe des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld sei, die Zuschüsse der Stadt so gering wie möglich zu halten. Er könne eine Einschränkung, so wie sie von den Schaustellern dargestellt werde, nicht erkennen. Sicher gebe es für die Schausteller auch Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte – deshalb sei es die Aufgabe der Stadt, sich damit auseinanderzusetzen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann das erfolgen werde, entgegnet der Oberbürgermeister, in den nächsten Wochen und sagt eine Berichterstattung in der Hauptausschusssitzung am 08. Dezember 2010 zu.

neu Strompreise EWP

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die Zusage an den Hauptausschuss, über Strompreiserhöhungen im Vorfeld zu informieren und bittet Herrn Buchholz von der EWP um seine Berichterstattung.

Herr Buchholz erläutert an Hand visueller Darstellung die Zusammensetzung der Strompreise, die Inhalte der Steuern und Abgaben und deren Kostenentwicklung, die Strompreisentwicklung von 2000 – 2011 sowie die Entwicklung der Strompreise bei der EWP und die Entwicklung erneuerbarer Energien. Anschließend erläutert er die Auswirkungen der Strompreiserhöhung auf die Kunden, indem 2,40 €/Monat für einen Single-Haushalt, 3,29 €/Monat für einen Zwei-Personen-Haushalt und 5,49 €/Monat für einen Vier-Personen-Haushalt als Mehrbelastung anstehen. Im Weiteren ist die Umweltfreundlichkeit des EWP-Stroms Gegenstand seiner Erläuterungen. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass sich die EWP entschlossen habe, über den gesetzlichen Anteil hinaus den EEG-Anteil am Potsdamer Strommix zu erhöhen. Damit werde kein Strom mehr aus Atomkraft bezogen und gleichzeitig ein erheblicher Beitrag zur CO₂-Reduzierung geleistet. Mehrkosten für diesen Strombezug werden nicht an den Endkunden weitergegeben. Anschließend werden an die Mitglieder des Hauptausschusses ein Info-Brief sowie die Medien-Mitteilung zur Strompreiserhöhung ab 01.01.2011 ausgereicht – beide Informationen werden auch im RIS hinterlegt.

Auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, wie Potsdam im Preisvergleich zu anderen Städten stehe, erklärt Herr Buchholz, dass die EWP im Jahr 2010 keine Preise erhöht habe und damit im unteren 2/3 der Anbieter zu finden sei. Auch nach der jetzt angekündigten Erhöhung werde sich daran nichts ändern, weil auch alle anderen Anbieter ihre Preise erhöhen werden.

neu Information zum Baugenehmigungsverfahren – Matrosenstation Kongsnaes

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass Herr Klipp über den Stand des Baugenehmigungsverfahrens informiert und anschließend die beantragten Rederechte für den Investor und die Bewohner der Schwanenallee gewährt werden. Gegen diesen Verfahrensvorschlag und die beantragten Rederechte erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Klipp betont, dass es sich hier um die Vergabe eines städtischen Grundstücks handle und er die kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit bedauere. Anschließend erläutert Herr Goetzmann das Baugenehmigungsverfahren und beantwortet dazu gestellte Rückfragen, wie von Herrn Schubert zu den Stellplätzen, der Kanalisation und den Standpunkt der Stadt zu der Frage, welchen Ausgangspunkt sie bei der Bewertung der Unterlagen gewählt habe – das Jahr 1928 oder früher - sowie nach der Anzahl und Art der Boote in der Hafenanlage .

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Stadt die wasserseitigen Anlagen, so wie sie sich jetzt darstellen, ausgeschrieben habe oder ob das die Vorstellungen des Investors seien, zitiert Herr Klipp den Ausschreibungstext. Im Ergebnis des weiteren Meinungsaustausches merkt Herr Klipp an, dass es eine gewisse Unschärfe bezüglich der Definition „historische Hafenanlage“ in der Ausschreibung gebe, so dass das im weiteren Baugenehmigungsverfahren in Abstimmung mit der Landesdenkmalpflege und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten besprochen werden müsse.

In der Diskussion werden weitere Fragen angesprochen, wie die Anzahl der Liegeplätze für die Boote, Alternativen für die Nutzung der Kanalisation in der Menzelstraße und die Zulässigkeit der Tiefgarage.

Im Redebeitrag des Investors Herr Linckersdorff kündigt dieser an, die kritisierte Hafenanlage zu verkleinern und die Stege von 50 auf ca. 30 Meter zu minimieren, der 4. Steg werde gänzlich wegfallen. Die Liegeplätze im Hafen sollen nur für alte Segelboote zugänglich sein, die eine Länge von 6 – 12 Metern hätten.

Anschließend erhält Herr von Kayser für die Anwohner der Schwanenallee das Wort und betont, dass er einer der Kläger gegen das Baugenehmigungsverfahren sei. Im Weiteren erläutert er, warum die Bürger sich gegen das Vorhaben stellen. So werde kritisiert, dass das jetzige Vorhaben nichts mehr mit der Ausschreibung zu tun habe und dies nicht der Weg zur Wiederherstellung dieses Kleinods sein könne. Er verweist auf die hohe Anzahl der Gastronomie-Plätze und die Auswirkungen dieser auf die Anwohner. Anschließend führt Herr Mosdorf aus, dass in einem Erstgespräch mit dem Investor von 35 Plätzen für ein kleines Café die Rede gewesen sei, so dass die dann folgende Entwicklung die Anwohner überrascht habe. Schließlich handle es sich um die Wiederherstellung der „Kaiserliche Matrosenstation“. Im Jahr 1928 hatte der Kaiser schon lange abgedankt, so dass die Frage stehe, warum auf Pläne aus dem Jahr 1928 zurückgegriffen werde. Hinzukomme, dass es keine Anhörung der Nachbarn dazu gegeben habe.

Herr Goetzmann erläutert daraufhin die Anzahl der Innen- und Außenplätze sowie die Auflagen für die Vereinsnutzung. Eine nachbarliche Beteiligung sei nach Brandenburgischem Baugesetzbuch nicht erforderlich, wenn diese nicht unmittelbar betroffen seien.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass auf Grund der Klage die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abzuwarten sei. Auf seine Nachfrage erläutert Herr Goetzmann, dass es bezüglich eines Urteils keine Terminkennntnis

gebe, aber von einer zeitnahen Entscheidung ausgegangen werde. Die angekündigte Reduzierung der Steganlagen sei nicht gleichbedeutend mit einer Genehmigung durch die Stadt. Die Verwaltung werde klären, wie sich die historische Hafenanlage definiere.

Herr Schubert fordert den Oberbürgermeister auf, vor der Entscheidung über die 3. Baugenehmigung bezüglich des Hafens einen Modus für eine zeitnahe Information des Hauptausschusses oder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen zu finden.

zu 5 **Sonstiges**

Auf Bitte von Frau Engel-Fürstberger informiert Frau E. Müller über die Beratung der Fluglärmkommission, die vergangenen Montag das erste Mal getagt habe. Leider habe es keine klare Orientierung der Sitzungsleitung bezüglich der vorliegenden Anträge gegeben. Alle eingegangenen Anträge wurden an die Deutsche Flugsicherung übergeben und sollen in der Sitzung am 13.12.2010 behandelt werden. Das entspreche der Geschäftsordnung, die vorschreibe, dass alle Anträge 4 Wochen vorher den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen sind. Zielstellung sei eine inhaltliche Diskussion zu dieser Sitzung.

Darüber hinaus gebe es für den 08. und 09.12.2010 eine Einladung nach Bremen, in der über die Flugrouten informiert werden solle.

Weitere Nachfragen werden durch Herrn Dr. Scharfenberg gestellt, so zum neuen Termin der **gemeinsamen Beratung Landtag und Hauptausschuss zum Landtagsneubau** und zum Auftrag an den **Oberbürgermeister, den Kreisausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen**. Der Oberbürgermeister verweist seinerseits auf ein Treffen mit dem Landtagspräsidenten und dem Minister, wo auch diese Thematik angesprochen wurde. In der 1. oder 2. Dezemberwoche werde der Termin im Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte stattfinden. Der Termin mit dem Kreisausschuss stehe noch aus und werde für das I. Quartal 2011 in Angriff genommen.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg für die nächste Sitzung des Hauptausschusses um eine **Berichterstattung zum Stand des Tierheims**, die der Oberbürgermeister zusagt.

Bezüglich der Diskussion um den Antrag zur „Turnerhalle“ in der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11.2010 verweist Herr Dr. Scharfenberg darauf, dass es bereits eine diesbezügliche Untersuchung gebe. Da das am vergangenen Montag nicht bekannt gewesen sei, meine er, könne an dem Anliegen nun zügig gearbeitet werden.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er davon mittlerweile auch Kenntnis habe und deshalb die ganze Diskussion nicht verstehen könne. Diese Angelegenheit werde intern ausgewertet und nach Vorliegen entsprechender Informationen und Aussagen an der Lösung gearbeitet.